

Beschluss des Bezirksvorstandes
am 16. September 2002



Nein zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission!
Nein zur Einschränkung der Tarifautonomie und zum Abbau der Arbeitslosenversicherung!

Der Bezirksvorstand beschliesst :

Der Bezirksvorstand von ver.di Süd Hessen lehnt die Hartz-Pläne nachdrücklich und entschieden ab.

Wir fordern:

1. dass ver.di und der DGB ihre Unterstützung für die Hartz-Pläne zurückziehen und statt dessen die Gewerkschaftsmitglieder, Beschäftigten und Arbeitslosen aufklären und dagegen mobilisieren
2. dass ver.di und der DGB jede Zusammenarbeit mit Bundesregierung und Unternehmern zur Umsetzung der Pläne der Hartz-Kommission beendet.
3. dass ver.di und der DGB jegliche Eingriffe in die Tarifautonomie, einen weiteren Abbau der Sozialversicherungen (hier der Arbeitslosenversicherung) und eine Deregulierung der Schutzbestimmungen nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz verhindern.
4. dass ver.di und der DGB das bestehende duale Berufsausbildungssystem verteidigt, erhält und ausbaut.
5. dass ver.di und der DGB die noch wenigen verbliebenen Rechte der Erwerbslosen verteidigen und endlich den Arbeitsplatzvernichtern, sprich den Unternehmern, diesbezüglich den Kampf ansagen.
6. dass die Gewerkschaften alle Mittel, also Demonstrationen und Kampfmaßnahmen bis zu Streiks einsetzen, um diese Pläne gegen die Interessen der Erwerbslosen und Lohnabhängigen zu stoppen.

Begründung:

Die Pläne der Hartz-Kommission sind der schwerste Angriff auf die Rechte von ArbeitnehmerInnen und Erwerbslosen in Nachkriegsdeutschland. Sie sind auch der Versuch von der Krise des Kapitalismus abzulenken und die Erwerbslosen als Verursacher der Arbeitslosigkeit darzustellen. Es ist zynisch, wenn dies zu einem Augenblick erfolgt, in dem auf offiziell 4 Millionen Arbeitslose (weitere Millionen sind gar nicht in der Statistik) knapp 500.000 offene Stellen kommen, die Arbeitslosigkeit rezessionsbedingt steigt und Unternehmer zur Gewinnoptimierung Arbeitsplatzvernichtung im großen Stil ankündigen.

Die wesentlichen „Innovationsmodule“ der Hartz-Kommission sind:

◆ ***PersonalServiceAgenturen (PSA)***

Durch die PSA soll die Zahl der Arbeitslosen um 780 000 gesenkt werden, im gleichen Rahmen wird die Leiharbeit ausgeweitet. Arbeitslose haben keinen Anspruch auf Beschäftigung, können aber durch die Kürzung des Arbeitslosengeldes gezwungen werden, im Rahmen der PSA zu arbeiten. Die Vergütung soll in der sechsmonatigen Probezeit dem Arbeitslosengeld entsprechen.

◆ ***Änderung des Rechts- und Finanzstatus bei Arbeitslosigkeit***

Die Zumutbarkeitskriterien bei Vermittlungen werden verschärft. Finanzielle Sanktionen werden erweitert. Der Arbeitslose muß die Unzumutbarkeit nachweisen. Die Leiharbeit (PSA) stellt Arbeitslose schlechter. Weiterhin wird eine Kürzung des Arbeitslosengeldes erwogen. Die Arbeitslosenhilfe soll drastisch gekürzt werden. Die Rentenversicherung bei Arbeitslosigkeit ist gefährdet. Frauen werden aus der Erwerbstätigkeit gedrückt.

...

◆ **Rückführung der Schwarzarbeit, Stärkung der Selbständigkeit und Ausweitung der geringfügig Beschäftigten**

Es wird eine einfach zu handhabende Selbständigkeit eingeführt, die Ich- bzw. Familien-AG. Haushaltsnahe Tätigkeiten sollen durch Dienstleistungsagenturen angeboten werden. Durch eine

Erhöhung der Verdienstmöglichkeiten in diesem Bereich und durch Absetzmöglichkeiten der Aufwendungen von der Steuerschuld soll Schwarzarbeit reduziert werden. Damit fallen immer mehr Menschen als Selbständige aus der Sozialversicherung, dies ist ein weiterer Schritt, alle Lebensbereiche zu privatisieren.

◆ **Umbau des Ausbildungssystemes durch ein Ausbildungszeit-Wertpapier (AZWP)**

Die Hartz-Kommission nimmt die Verantwortung für eine funktionierende Berufsausbildung aus den Händen der Unternehmen und will die Familien verpflichten für die Berufsausbildung anzusparen und diese zu bezahlen. Arbeitslose Jugendliche (z.Z. über 255 000) sollen das AZWP kaufen und damit ihre Berufsausbildung bei Betrieben bezahlen. Die für eine Ausbildung angesparten Summen können auch für außerbetriebliche Bildung verwendet werden, was bedeutet, daß die Privatisierung aller Bildungskosten angestrebt wird. Bildung ist nicht mehr Aufgabe des Sozialstaates, sondern wird zu einer Ware, einem kostenpflichtigen Angebot.

◆ **Job-Floater und Infrastrukturinvestitionen**

Unternehmen erhalten die Option, bei Einstellung eines Arbeitslosen ein Darlehen zu erhalten. Für die Vergabe des Job-Floaters für 100 000. Arbeitsplätze würde sich ein Finanzierungsbedarf von 10 Mrd. Euro pro Jahr ergeben. Der Job-Floater ist insoweit problematisch, dass die Finanzierbarkeit nicht gesichert ist, dass es nicht an Kapital sondern an der Nachfrage danach fehlt, und dass die Gefahr von Mitnahmeeffekten und Fehlplatzierungen entstehen.

Die geplante Kürzung der Arbeitslosenunterstützung von 40 auf 13,2 Milliarden Mark im Jahr bei gleichzeitiger Subventionierung der Lohnkosten für die Unternehmer ist eine gigantische Umverteilung von unten nach oben. Es ist ein Raubzug der Unternehmer auf die von den Lohnabhängigen erwirtschafteten Arbeitslosenversicherungsbeiträge, getreu dem Motto: "die Kosten der Arbeit müssen weiter sinken".

Der Versuch Arbeitslose zu völlig rechtlosen Objekten eines Zwangsarbeitsmarktes zu machen und dadurch die Arbeitslosenstatistik bis 2005 um 2 Millionen zu bereinigen führt zu einem ungeheuren Druck auf alle Beschäftigten. Ihre Jobs geraten unter massive Konkurrenz der zwangsweisen Billiganbieter von menschlicher Arbeitskraft, eines Heeres von LeiharbeiterInnen, Scheinselbständigen und öffentlich subventionierten BewerberInnen. Die Hartz-Pläne sind somit ein Angriff auf alle Beschäftigten und nicht nur auf die Arbeitslosen.

Die Vorschläge der Hartz-Kommission sind:

- ◆ ein Eingriff in die Tarifautonomie,
- ◆ ein Eingriff in die betriebliche Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften,
- ◆ eine Abwälzung des klassischen Unternehmerrisikos auf Beschäftigte, Arbeitslose und das Arbeitsamt,
- ◆ eine zusätzliche Belastung erwerbsloser Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und deren Familien,
- ◆ eine Deregulierung der Schutzbestimmungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes und damit verbunden der gesamten Leiharbeit.

Vor diesem Hintergrund ist es ein Skandal, dass die Führungen von DGB und Einzelgewerkschaften ihre grundsätzliche Unterstützung für die Pläne der Kommission erklärt haben. Die Hartz-Pläne sind nicht zu verbessern, sie müssen abgelehnt und mit allen notwendigen Mitteln bekämpft und gestoppt werden. Gewerkschaften sind zur Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder da und nicht dazu, gemeinsam mit Regierung und Unternehmern kapitalistisches Krisenmanagement auf Kosten von ArbeitnehmerInnen und Erwerbslosen zu betreiben.

Weiterleitung:

Über die Bezirkskonferenz Südhessen zur Landesbezirkskonferenz
Öffentlichkeit

Der Beschluss erfolgte nach intensiver Diskussion einstimmig!